

# Galle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 572.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Zweite Ausgabe

Wittwoch, 6. Dezember 1911.

Druck- und Verlagsanstalt für Halle und Gera 250 Str. durch die Postbezirk 2 Nr. für das Mitteldeutschland.  
Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich am Freitag. — Größte Beilage: Galle'scher Courrier (Freitagabend). All. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeilage). Sonntagsausgaben.  
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62.  
Telephon 155 u. 156; Redaktionstelephon 1272.  
Verleger: Dr. Walter Schenckel in Halle a. S.

Abgabegebühren für die jeweilige Postzeitung oder beim Bezug für Halle und den Gauskreis 20 Wfr. auswärts 30 Wfr. — Briefmarken am Schluß des rechnerischen Zeits für die Zeit 100 Wfr. — Abgabegebühren bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Fern-Abgabegebühren.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.  
Telephon Amt Aurfürst Nr. 6290.  
Bezug und Verlag von C. F. W. in Halle a. S.

### Die Marokkofrage im Reichstage. — Eine Rede des Reichskanzlers. Sitzung des Deutschen Reichstages vom 5. Dezember 1911.

Am Bundesratssitzung die Staatssekretäre Dr. Delbrück und Bernuth.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Ernitz eröffnete die Sitzung nach 10 1/2 Uhr. Nachdem eine Anzahl von Petitionen, welche die Petitionskommission für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet hat, ohne Debatte für erledigt erklärt waren und bezüglich der Rechnungsbücher und allgemeinen Rechnungen die gestrigen Geschäftsverhandlungen auch in dritter Beratung erledigt worden sind, wurde in dritter Beratung zunächst der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes betreffend die militärische Strafgerichtsbarkeit im Reichsgebiet ebenfalls ohne Diskussion endgültig genehmigt.

Darauf setzte das Haus die zweite Beratung der Vorlage betreffend Eisenbahnbauten im österrichischen Schutzgebiet fort. Die Vorlage wurde ohne weitere Diskussion unverändert angenommen und darauf sofort auch in dritter Beratung endgültig genehmigt. Nach die Resolution betreffend Einsetzung von Eisenbahnräten für die Schutzgebiete gelangte zur Annahme.

In dritter Beratung wurde darauf ohne Diskussion der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Japan nebst dem zugehörigen Zollabkommen endgültig genehmigt, desgleichen der Vertrag mit Großbritannien über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern zwischen Deutschland und den britisch-afrikanischen Protektoraten, die Vereinbarung mit Japan über das Konjunktiv- und der Gesetzentwurf, betr. die Verlängerung des Handels- und Schiffahrtsvertrages mit Großbritannien.

Für die dritte Lesung des Entwurfs eines Gewerbevertrages lag ein Kompromißantrag sämtlicher Parteien vor, folgenden Wortlaut zu enthalten: „Der den Gewerbetreibenden gewährte Entgelt ist Vergütung für Arbeiten oder Dienste, welche auf Grund eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses geleistet werden im Sinne des Gesetzes, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnens.“

Der Antrag wurde nach kurzer Begründung durch den Abg. Decker-Strandberg (Zentr.) angenommen, ebenso in der Gesamtsitzung über das ganze Gesetz.

Die wesentliche Debatte wurde die Gewerbeordnungs-Novelle sowie das Gesetz betreffend Aufhebung des Stillstandesgesetze betreffend angenommen.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte trat jedoch das Haus in die dritte Lesung des Privatbeamtenverordnungs-Gesetzes ein.

In der Generaldiskussion führte Abg. Koch (Zentr.) aus: Bei der Beratung dieses Entwurfs hat es sich gezeigt, wie unangelegentlich die Trennung der Angestelltenversicherung von der Reichsversicherungsordnung war. Trotzdem enthält das neue Gesetz nach unserer Auffassung einen nicht unerheblichen Fortschritt. Allerdings wird durch die neue Vorlage wieder der Mittelstand schwerer getroffen als die Großindustrie. Es müßte deshalb eine Verteilung der Unternehmerrbeiträge nach der Größe der Betriebe stattfinden.

In der Spezialdebatte führte Abg. Graf (Zentr.) fest, daß nach der Erklärung des Ministerialdirektors Caspar in der zweiten Lesung entgegen dem denographischen Bericht die Weiblichkeitsverhältnisse nicht als Gehalt anzunehmen seien.

Abg. Cuno (Rechtsl. Wpl.): Die verheirateten weiblichen Beamten, die keinen Anspruch haben auf Hinterbliebenenversicherung, müßten unter allen Umständen für versicherungspflichtig erklärt werden.

Abg. Heister (Zentr.): Die heftigen Sozialisten wünschen Einbeziehung in dieses Gesetz.

Im übrigen wurde die Vorlage im Einzelnen mit einer Reihe von Änderungsanträgen, die der Abg. Schulz (Wpl.) mit Unterstützung sämtlicher bürgerlichen Parteien eingebracht hat, ohne erhebliche Debatte nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Nach diesen Kompromißanträgen wurde u. a. in § 135 die Wahlbarkeit von Frauen in die Rentenausschüsse entgegen den Beschlüssen zweiter Lesung aufgehoben, dagegen für die Wahl zu Vertrauensstellen ausgehoben.

Am 388 gab Geheimrat Fedmann die in zweiter Lesung vom Abg. Erzberger gewünschten Erklärungen über die Tragweite der Vorschriften ab, die hinsichtlich des Verhältnisses der Versicherung nach diesem Gesetz zu den privaten Lebensversicherungsanträgen gelten sollen.

In der Gesamtsitzung wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Eine Petition des Fabrik- und Rittergutsbesizers Wolff in Walderode um Anerkennung eines von dem Gouverneur für Deutsch-Schlesien für die Rittergutsbesitzer-Gewerbesteuer- und Landesgesetz in Berlin abgeschlossenen Vertrages wurde dem Reichskanzler zur Erörterung überwiesen.

Darauf hand auf der Tagesordnung noch die Fortsetzung der Begründung der deutsch-französischen Abkommen, betreffend Marokko und Äquatorialafrika.

Nach Vorlegung des Protokolls wurde die Beratung dieses Gegenstandes auf Samstag 12 Uhr angelegt und die Sitzung um 12 Uhr 50 Minuten bis dahin unterbrochen.

Am 12 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen.

Am Bundesratssitzung am 5. Dezember, die Staatssekretäre Dr. Delbrück, Bernuth, v. Aderken-Doetter, Dr. Böck, Gouverneur Wolf und Unterstaatssekretär Böhmhaffke.

Die Kommission beantragt, einen vom Zentrum vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung des Schutzgebietgesetzes in folgender Fassung anzunehmen:

§ 1 des Gesetzes enthält folgenden zweiten Absatz: „Zum Erwerb und zur Vererbung eines Schutzgebietes oder von Teilen eines solchen bedarf es eines Reichsbeschlusses. Diese Vorschrift findet auf Grenzbesitzungen keine Anwendung.“  
Ferner beantragt die Kommission: „Den Reichskanzler zu ersuchen, im Interesse der deutschen Ansprüche bei den noch mit Frankreich infolge der Abkommen zu schließenden Verträgen u. a. in Verhandlungen über eine zweifelhafte Abänderung der neuen französischen Karte vom 27. April 1911 einzutreten.“

Die Anfrage Abrecht auf Vorlegung der Abkommen an den Reichstag zur Genehmigung und auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der alle Verträge mit fremden Staaten der Genehmigung des Reichstages unterwirft, beantragt die Kommission abzulehnen, die übrigen eingebrachten Anträge dagegen für erledigt zu erklären.

Referent Abg. Freiherr v. Hertling (Zentr.): Die Kommission hat sich zunächst mit der Frage der Genehmigung der Abkommen beschäftigt. Die Mehrheit hat sich dahin entschieden, daß beide Abkommen der Genehmigung durch den Reichstag nicht bedürfen; sie wollte die Streitfrage für den konkreten Fall zusehen lassen, aber andererseits auch für die Zukunft Vorlage treffen. In dieser Beziehung haben die Verbündeten Regierungen ein sehr erklärtes Einverständnis bewiesen, indem sie dem Entzweigen auf Abänderung des Schutzgebietgesetzes zustimmen. Dieser Antrag ist dann von der Kommission einstimmig angenommen worden.

Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg: Meine Herren! Die Verbündeten Regierungen sind bereit, dem Entzweigen auf Abänderung des Schutzgebietgesetzes zuzustimmen. Mit Ihnen halten wir es für wünschenswert, daß Änderungen im Besondere unserer Schutzgebiete künftig an ein Reichsgesetz gebunden werden. Ferner möchte ich mich vorweg zu dem Vorwurf äußern, der in der obigen Frage liegt: Warum hat die Regierung nicht mehr für die Information der öffentlichen Meinung getan?

Der wahr Grund beruhe auf sorgfältiger Überlegung. Die schwierige Natur unserer Verhandlungen, die Geheimhaltung, die mir von Frankreich forderte, die französischen Verpflichtungen, die hinsichtlich der Haltung Englands entstanden waren, legen uns große Zurückhaltung auf, ich räume ein, daß sich daraus für das Volk eine schwere Geduldprobe erhebe. Hätten wir, wie von verschiedenen Seiten in der Kommission verlangt wurde, öffentlich auf öffentliche Äußerungen von englischer Seite geantwortet und die Bewahrung, die wir durch unsern Vorkämpfer bei dem Bondeur Kabinett eingelegt, aller Welt kundgetan, so hätten wir den Weg zu unserem Ziele gewiß nicht freier und leichter gemacht, im Gegenteil, wir hätten ihn verbarrikadiert. Insbesondere müßten wir mit der Rückwirkung auf die öffentliche Meinung in Frankreich rechnen. Ich glaube nicht, daß es dann der französischen Regierung noch möglich gewesen wäre, die Widerstände gegen ein Einvernehmen mit Deutschland auf der von uns gewünschten Basis zu überwinden. Und vergessen Sie nicht, meine Herren, daß wir mit unserer Aktion ein sehr wichtiges Ziel bezogen und eine sehr große Verantwortung auf uns geladen hätten. Sollte ich voransetzen können, was während der Kommissionsverhandlungen in England unüberhörbar über gewisse Vorbereitungen im September öffentlich gesagt wurde und bei uns im Raube die Erregung steigern mußte, so würde ich mit der jetzt noch erfolgten Publikation nicht länger zurückgehalten haben. Es ist jedenfalls nicht unsere Schuld, daß wir jetzt, um zu veranlassen, zu der Veröffentlichung stehen müßten, die wir aus wohlwollenden Erwägungen dahin vermeiden wollten, und ich konstatiere mit Befriedigung, daß man auch in England dafür Verständnis gezeigt hat.

Der englische Minister des Auswärtigen hat ganz offen von den Besorgnissen gesprochen, die ihm durch die Entsendung des Panzer nach Agadir und durch die Pläne unserer Marokko-Politik überhaupt eingeflößt worden seien. Weder der Zug der Franzosen nach Fes, noch das Vorgehen der Spanier hatten anscheinend bei England irgendwelche Besorgnisse wegen Verdrängung seiner marokkanischen Interessen erregt. (Sehr richtig! Recht!) Das war in Wirklichkeit mit Agadir möglich, mußte England auch bei der Budgetkommission mitgeteilt. In Frankreich an unseren Vorkämpfer in London vom 30. Juli d. J. Frankreich hand während der ganzen Dauer der Verhandlungen in intimer Meinungsäustausch mit England und erbat in allen Fragen, die englische Interessen betreffen konnten, seinen Rat. Man versteht bei dieser Sachlage schwer, wie England seine Interessen behauptet haben konnte.

Sir Edward Grey hat von einer Periode des Schweigens vom 4. bis 21. Juli gesprochen. Nun, dieses Schweigen war ein beiderseitiges. (Sehr richtig! Recht!)

Einzig und allein am 12. Juli hat Sir Edward Grey dem Herrn Staatssekretär gegenüber von der Möglichkeit von Verhandlungen über Marokko zu reden begonnen, zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien, und hat daran die Bemerkung geknüpft, daß das in England peinlich empfunden werden würde. Dem Herrn Vorkämpfer ist als amtliche Äußerung unserer Regierung an demselben Tage erwidert worden, daß eine solche Äußerung niemals beabsichtigt habe. Ebenso wenig ist unser Vorkämpfer in London in die Lage gekommen, auf eine Anfrage der englischen Regierung Auskunft zu erteilen. Die tatsächlich entstandene Spannung der Situation hätte sich meiner Überzeugung nach vermeiden lassen, wenn unseren Erklärungen vom 1. Juli größeres Vertrauen geschenkt und die Periode des Schweigens von englischer Seite nicht durch eine öffentliche Sendung eines hervorragenden Mitgliedes des englischen Kabinetts unterbrochen worden wäre. (Sehr richtig! Zustimmung auf allen Seiten.)

Der englische Herr Minister wird der Stimmung vieler Vorkämpfer in Deutschland, vielleicht nicht die Verdienste auszuzeichnen können, wie es bei uns geschieht. Er wird sie aber angesichts der öffentlichen Stimmung der englischen Regierung vom 21. Juli zum mindesten erklären finden. (Sehr richtig! Recht!)

Daran möchte ich noch eine Bemerkung knüpfen, weil sie, wie ich schon, für die künftigen Beziehungen unserer Länder nicht ohne Bedeutung ist. Der englische Minister des Auswärtigen hat mitgeteilt, die Kundgebung des Herrn Staatskanzlers Lloyd George habe ohne Provokation feststellen wollen, daß, was englische Interessen betreffen würden, England nicht so behandelt werden dürfe, als ob es nicht mitzähle. Wenn die Zeit je komme, wo das nicht mehr klar ausgesprochen werden könne, werde England aufgehört haben, als Großmacht zu existieren.

Meine Herren! Genau das gleiche Recht nehme ich für Deutschland in Anspruch. (Sehr richtig! Zustimmung.) Wenn ich aber in die Vergangenheit zurückblicke, so finde ich, daß die marokkanischen Wirren doch dadurch entstanden sind, daß Deutschland dieses Recht nicht immer eingeräumt werden sollte. (Sehr richtig! Zustimmung.) Die Verhandlungen wurden von uns und von Frankreich mit dem auch in den schwierigsten Momenten beiderseits unveränderlich dokumentierten Willen geführt, zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen. Auch das war in England nicht unbekannt. Und endlich. Wir haben, wie ich schon am 9. November ausführlich nachgemeldet habe, das Ziel erreicht, daß wir uns von Anfang an gefehlt haben. Dieses Ziel hat keine englischen Interessen direkt berührt. Der beste Beweis dafür liegt darin, daß England uns amtlich keine Beschwerde über den Abschluß der Verhandlungen ausgesprochen hat. (Sehr richtig! Recht!) Und trotzdem, trotz alledem entwickelte sich ein Zustand, der englischen Interessen einen Krieg gegen uns, das heißt, einen Weltkrieg, nahelegte. Meine Herren, wenn sich alle Väter so heiß laufen, muß die Maschine einen arge Defekt haben.

Die englischen Minister haben übereinstimmend den Wunsch nach Besserung unserer Beziehungen ausgesprochen. Ich möchte mich ihrem Wunsch an. Man hat in England meine Bemerkung aufgegriffen, durch die Erledigung der Marokkofrage sei in dieser Beziehung auch zwischen England und Deutschland reiner Tisch gemacht. Der Engländer spricht von dem Staat Latei, das von der reinen, der abgesehenen Geschichte ist. Auf dieser Schiene ist in der künftigen Vergangenheit mit hartem Griff geschrieben worden und der Schiefer hat Schrammen davon getragen. (Sehr richtig!) Soll künftig die Tafel mit einer klaren Schrift bedeckt werden, so darf es nicht Mißtrauen sein, das dabei den Griff führt. (Sehr richtig!) Mit Recht führt der englische Minister des Auswärtigen hinter der wachsenden Stärke Deutschlands keine aggressiven Pläne. Auch wir wünschen aufrichtig Frieden und Freundschaft mit England. Mit diesem Wunsch wird die tatsächliche Entwicklung durch Beziehungen zwischen unseren Vätern aber nur imoweit erfüllt werden können, als die englische Regierung bereit ist, das Schicksal nach solchen Beziehungen auch in ihrer Politik in positiver Weise zum Ausdruck zu bringen. (Nützliche lebhaft Zustimmung.)

Wir sind durch eine ernste und schwere, durch eine bedrückende Zeit hindurchgegangen. Das hat das deutsche Volk richtig gefühlt, müde es nun auch klar erkennen, was es sich selber schuldet. Das ist weder Niederergaben noch herausfordernd übermütig, sondern freier Will und kaltes Blut, ruhige Kraft und feste Einigkeit in großen nationalen Fragen. (Sehr richtig, wiederholter Beifall auf allen Seiten.)

Abg. Graf v. Bethman (Zentr.): Meine Freunde sind der Ansicht, daß die Abkommen vom 4. November der Zustimmung des Reichstages nicht bedürfen. Das ist die Meinung der Reichsversammlung über die Ermwerbung und Abtretung von Kolonialland seit ein Teil meiner Freunde Bedenken entgegen. Trotzdem wird die Mehrheit meiner Freunde dem Gesetzentwurf zustimmen. Die seit dem 9. November stattgefundenen Kommissionsverhandlungen und sonstigen Mitteilungen haben das Urteil, das Herr v. Seydewitz als Redner unserer Partei damals aussprach, wohl in Einzelheiten ergänzen können, aber zu einer Änderung der damals ausgesprochenen Meinung haben wir keine Veranlassung. (Sehr richtig! Recht!)

Im Gegenteil, wir haben in den neuen Verhandlungen nur eine neue Bestätigung unserer Standpunkte gefunden. (Sehr richtig! Recht!)

Die Verhandlungen über die Beteiligung in Marokko abgeschlossen. Dazu kommt, daß das Verhalten der anderen Mächte, namentlich bei Abschluß der Geheimverträge von 1904 und 1905 nicht selten den Eindruck hinterlassen hat, als beabsichtigte eine dieser Mächte, Deutschland so zu behandeln, als ob es nicht mehr zähle im Rate der Völker. (Sehr richtig! Recht!) Dies konnte nicht ohne Einfluß auf die Stimmung bleiben, die im deutschen Volke bei Erinnerung an diese Vorgänge hervorgerufen wurde. Etwas hat die Veröffentlichung des Marokkovertrages in der Kommission gewonnen. Wir erwarten, daß die Regierung bei Durchführung dieser Verträge das deutsche Interesse mit entschlossenerer Kraft und Beharrlichkeit wahrnehmen wird. Die englische Politik war seit Jahren darauf gerichtet, Deutschland von dem Gebiet der Leistung Marokkos auszuschließen. Der englische Minister Grey hat zwar erklärt, bei seinem Vorgehen nur die englischen Interessen und die Wahrung der übernommenen Verpflichtungen anderer Mächte gegenüber im Auge gehabt zu haben. Das aber die englische Regierung auch andere Absichten gehabt hat, geht aus den Veröffentlichungen des englischen Hauptmanns Haber hervor. Diese Tatsache, wie es nun die englische Regierung verlangt, der Vergangenheit zu übergeben, ist unannehmlich. (Sehr richtig!) Sollte England durch die Zeit gehen, daß es unsere Freundschaft nicht, so find wir bereit, unsere letzte Auffassung zu revidieren. (Sehr richtig! Beifall rechts, Lachen bei den Sen.)

Abg. Abel (Sen.): Was die öffentliche Meinung Deutschlands und Europas aufs höchste erregt hat, war nicht das Auftreten Englands, sondern das Erscheinen des Panzer vor Agadir. Das Schweigen der amtlichen deutschen Stellen den ganzen Juli hindurch

können, wie es bei uns geschieht. Er wird sie aber angesichts der öffentlichen Stimmung der englischen Regierung vom 21. Juli zum mindesten erklären finden. (Sehr richtig! Recht!)

Daran möchte ich noch eine Bemerkung knüpfen, weil sie, wie ich schon, für die künftigen Beziehungen unserer Länder nicht ohne Bedeutung ist. Der englische Minister des Auswärtigen hat mitgeteilt, die Kundgebung des Herrn Staatskanzlers Lloyd George habe ohne Provokation feststellen wollen, daß, was englische Interessen betreffen würden, England nicht so behandelt werden dürfe, als ob es nicht mitzähle. Wenn die Zeit je komme, wo das nicht mehr klar ausgesprochen werden könne, werde England aufgehört haben, als Großmacht zu existieren.

Meine Herren! Genau das gleiche Recht nehme ich für Deutschland in Anspruch. (Sehr richtig! Zustimmung.) Wenn ich aber in die Vergangenheit zurückblicke, so finde ich, daß die marokkanischen Wirren doch dadurch entstanden sind, daß Deutschland dieses Recht nicht immer eingeräumt werden sollte. (Sehr richtig! Zustimmung.) Die Verhandlungen wurden von uns und von Frankreich mit dem auch in den schwierigsten Momenten beiderseits unveränderlich dokumentierten Willen geführt, zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen. Auch das war in England nicht unbekannt. Und endlich. Wir haben, wie ich schon am 9. November ausführlich nachgemeldet habe, das Ziel erreicht, daß wir uns von Anfang an gefehlt haben. Dieses Ziel hat keine englischen Interessen direkt berührt. Der beste Beweis dafür liegt darin, daß England uns amtlich keine Beschwerde über den Abschluß der Verhandlungen ausgesprochen hat. (Sehr richtig! Recht!)

Und trotzdem, trotz alledem entwickelte sich ein Zustand, der englischen Interessen einen Krieg gegen uns, das heißt, einen Weltkrieg, nahelegte. Meine Herren, wenn sich alle Väter so heiß laufen, muß die Maschine einen arge Defekt haben.

Die englischen Minister haben übereinstimmend den Wunsch nach Besserung unserer Beziehungen ausgesprochen. Ich möchte mich ihrem Wunsch an. Man hat in England meine Bemerkung aufgegriffen, durch die Erledigung der Marokkofrage sei in dieser Beziehung auch zwischen England und Deutschland reiner Tisch gemacht. Der Engländer spricht von dem Staat Latei, das von der reinen, der abgesehenen Geschichte ist. Auf dieser Schiene ist in der künftigen Vergangenheit mit hartem Griff geschrieben worden und der Schiefer hat Schrammen davon getragen. (Sehr richtig!) Soll künftig die Tafel mit einer klaren Schrift bedeckt werden, so darf es nicht Mißtrauen sein, das dabei den Griff führt. (Sehr richtig!) Mit Recht führt der englische Minister des Auswärtigen hinter der wachsenden Stärke Deutschlands keine aggressiven Pläne. Auch wir wünschen aufrichtig Frieden und Freundschaft mit England. Mit diesem Wunsch wird die tatsächliche Entwicklung durch Beziehungen zwischen unseren Vätern aber nur imoweit erfüllt werden können, als die englische Regierung bereit ist, das Schicksal nach solchen Beziehungen auch in ihrer Politik in positiver Weise zum Ausdruck zu bringen. (Nützliche lebhaft Zustimmung.)

Wir sind durch eine ernste und schwere, durch eine bedrückende Zeit hindurchgegangen. Das hat das deutsche Volk richtig gefühlt, müde es nun auch klar erkennen, was es sich selber schuldet. Das ist weder Niederergaben noch herausfordernd übermütig, sondern freier Will und kaltes Blut, ruhige Kraft und feste Einigkeit in großen nationalen Fragen. (Sehr richtig, wiederholter Beifall auf allen Seiten.)

Abg. Graf v. Bethman (Zentr.): Meine Freunde sind der Ansicht, daß die Abkommen vom 4. November der Zustimmung des Reichstages nicht bedürfen. Das ist die Meinung der Reichsversammlung über die Ermwerbung und Abtretung von Kolonialland seit ein Teil meiner Freunde Bedenken entgegen. Trotzdem wird die Mehrheit meiner Freunde dem Gesetzentwurf zustimmen. Die seit dem 9. November stattgefundenen Kommissionsverhandlungen und sonstigen Mitteilungen haben das Urteil, das Herr v. Seydewitz als Redner unserer Partei damals aussprach, wohl in Einzelheiten ergänzen können, aber zu einer Änderung der damals ausgesprochenen Meinung haben wir keine Veranlassung. (Sehr richtig! Recht!)

Im Gegenteil, wir haben in den neuen Verhandlungen nur eine neue Bestätigung unserer Standpunkte gefunden. (Sehr richtig! Recht!)

Die Verhandlungen über die Beteiligung in Marokko abgeschlossen. Dazu kommt, daß das Verhalten der anderen Mächte, namentlich bei Abschluß der Geheimverträge von 1904 und 1905 nicht selten den Eindruck hinterlassen hat, als beabsichtigte eine dieser Mächte, Deutschland so zu behandeln, als ob es nicht mehr zähle im Rate der Völker. (Sehr richtig! Recht!) Dies konnte nicht ohne Einfluß auf die Stimmung bleiben, die im deutschen Volke bei Erinnerung an diese Vorgänge hervorgerufen wurde. Etwas hat die Veröffentlichung des Marokkovertrages in der Kommission gewonnen. Wir erwarten, daß die Regierung bei Durchführung dieser Verträge das deutsche Interesse mit entschlossenerer Kraft und Beharrlichkeit wahrnehmen wird. Die englische Politik war seit Jahren darauf gerichtet, Deutschland von dem Gebiet der Leistung Marokkos auszuschließen. Der englische Minister Grey hat zwar erklärt, bei seinem Vorgehen nur die englischen Interessen und die Wahrung der übernommenen Verpflichtungen anderer Mächte gegenüber im Auge gehabt zu haben. Das aber die englische Regierung auch andere Absichten gehabt hat, geht aus den Veröffentlichungen des englischen Hauptmanns Haber hervor. Diese Tatsache, wie es nun die englische Regierung verlangt, der Vergangenheit zu übergeben, ist unannehmlich. (Sehr richtig!) Sollte England durch die Zeit gehen, daß es unsere Freundschaft nicht, so find wir bereit, unsere letzte Auffassung zu revidieren. (Sehr richtig! Beifall rechts, Lachen bei den Sen.)

Abg. Abel (Sen.): Was die öffentliche Meinung Deutschlands und Europas aufs höchste erregt hat, war nicht das Auftreten Englands, sondern das Erscheinen des Panzer vor Agadir. Das Schweigen der amtlichen deutschen Stellen den ganzen Juli hindurch

können, wie es bei uns geschieht. Er wird sie aber angesichts der öffentlichen Stimmung der englischen Regierung vom 21. Juli zum mindesten erklären finden. (Sehr richtig! Recht!)

Daran möchte ich noch eine Bemerkung knüpfen, weil sie, wie ich schon, für die künftigen Beziehungen unserer Länder nicht ohne Bedeutung ist. Der englische Minister des Auswärtigen hat mitgeteilt, die Kundgebung des Herrn Staatskanzlers Lloyd George habe ohne Provokation feststellen wollen, daß, was englische Interessen betreffen würden, England nicht so behandelt werden dürfe, als ob es nicht mitzähle. Wenn die Zeit je komme, wo das nicht mehr klar ausgesprochen werden könne, werde England aufgehört haben, als Großmacht zu existieren.

Meine Herren! Genau das gleiche Recht nehme ich für Deutschland in Anspruch. (Sehr richtig! Zustimmung.) Wenn ich aber in die Vergangenheit zurückblicke, so finde ich, daß die marokkanischen Wirren doch dadurch entstanden sind, daß Deutschland dieses Recht nicht immer eingeräumt werden sollte. (Sehr richtig! Zustimmung.) Die Verhandlungen wurden von uns und von Frankreich mit dem auch in den schwierigsten Momenten beiderseits unveränderlich dokumentierten Willen geführt, zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen. Auch das war in England nicht unbekannt. Und endlich. Wir haben, wie ich schon am 9. November ausführlich nachgemeldet habe, das Ziel erreicht, daß wir uns von Anfang an gefehlt haben. Dieses Ziel hat keine englischen Interessen direkt berührt. Der beste Beweis dafür liegt darin, daß England uns amtlich keine Beschwerde über den Abschluß der Verhandlungen ausgesprochen hat. (Sehr richtig! Recht!)

Und trotzdem, trotz alledem entwickelte sich ein Zustand, der englischen Interessen einen Krieg gegen uns, das heißt, einen Weltkrieg, nahelegte. Meine Herren, wenn sich alle Väter so heiß laufen, muß die Maschine einen arge Defekt haben.

Die englischen Minister haben übereinstimmend den Wunsch nach Besserung unserer Beziehungen ausgesprochen. Ich möchte mich ihrem Wunsch an. Man hat in England meine Bemerkung aufgegriffen, durch die Erledigung der Marokkofrage sei in dieser Beziehung auch zwischen England und Deutschland reiner Tisch gemacht. Der Engländer spricht von dem Staat Latei, das von der reinen, der abgesehenen Geschichte ist. Auf dieser Schiene ist in der künftigen Vergangenheit mit hartem Griff geschrieben worden und der Schiefer hat Schrammen davon getragen. (Sehr richtig!) Soll künftig die Tafel mit einer klaren Schrift bedeckt werden, so darf es nicht Mißtrauen sein, das dabei den Griff führt. (Sehr richtig!) Mit Recht führt der englische Minister des Auswärtigen hinter der wachsenden Stärke Deutschlands keine aggressiven Pläne. Auch wir wünschen aufrichtig Frieden und Freundschaft mit England. Mit diesem Wunsch wird die tatsächliche Entwicklung durch Beziehungen zwischen unseren Vätern aber nur imoweit erfüllt werden können, als die englische Regierung bereit ist, das Schicksal nach solchen Beziehungen auch in ihrer Politik in positiver Weise zum Ausdruck zu bringen. (Nützliche lebhaft Zustimmung.)

Wir sind durch eine ernste und schwere, durch eine bedrückende Zeit hindurchgegangen. Das hat das deutsche Volk richtig gefühlt, müde es nun auch klar erkennen, was es sich selber schuldet. Das ist weder Niederergaben noch herausfordernd übermütig, sondern freier Will und kaltes Blut, ruhige Kraft und feste Einigkeit in großen nationalen Fragen. (Sehr richtig, wiederholter Beifall auf allen Seiten.)

durch mühte die Meinung derer unerschütterlich, die im Sinne der Verwirklichung bereits einen Krieg voraussehen. Die Menschheit des Pantheers vor Agadir sollte wohl eine permanente Drohung sein (besahnte Zustimmung links); das ist das ganze Geheimnis. Ich gebe zu, hätte man sofort eine offene Erklärung gegeben, so wäre vielleicht das Konfliktkommen nicht zustande gekommen; aber das wäre auch kein Waise gewesen, denn niemand hat an diesem Konfliktkommen Freude. Wir begünstigen zu fordern, daß das Parlament von Agadir die offizielle Kritik im englischen Parlament leicht erfahren hat. (Sehr richtig! links.) Nur wenn überall mit offenen Karten gespielt wird, ist die Selbstständigkeit der Nationen aufrecht zu erhalten. Die Geheimnisträuerei ist oft ein Beweis eines bösen Gewissens. (Beifall bei dem Ges.)

**Abg. Beckmann (Rechts):** Bebel verurteilt sich immer zu sehr in die Sache unserer Gegner, während doch solche Dinge lediglich von beidseitigen Standpunkt aus betrachtet werden müssen. (Sehr richtig!) Allenfalls sieht man die Tendenz, so auch in Vorken, die Länder zu verteidigen, und deshalb müssen wir unter Rage und unter Schmerz sofort erfahren. (Sehr gut!) Diesen Entschuldigungsversuch der immer größer werdenden Kulturvölker können Sie nicht unterbinden. (Sehr gut!) Mit der Reformfähigkeit der Diplomatie wird sich der kommende Reichstag zu beschäftigen haben. Unangenehm ist nur die Entsendung des Pantheers nach Agadir nicht, es fragt sich nur, ob sie Flug und geschickt war. Eine Entsendung der Lage ist durch das Vorkonfliktkommen nicht eingetreten, eine Verleumdung war wohl auch nicht zu erwarten. Wir vermögen nicht frei von Sorge in die Zukunft zu blicken. Wir wollen keine Konflikte suchen, wir brauchen aber auch nicht ohne Not zu vermeiden, und lassen uns in Verhandlungen werden. Es kann nicht geübt werden, daß von irgend einer Nation eine internationale Vorkonflikt erklärt wird, daß sie sich zum Arbeiter mündig aufwirft. Wir haben die deutsche Ehre und das deutsche Ansehen zu wahren. Darüber wird der Friede gewahrt. (Beifall bei dem Redner.)

**Abg. Schröder (Vorsitz):** Die Entsendung des Pantheers hat lediglich zur Beherrschung der Wölfe geführt; sie war die Ursache für die Haltung Englands und gegenüber. Wir verlangen für Deutschland Ausdrucksfähigkeit in solchen Dingen, die niemand anders schreien. Wir verlangen lediglich eine Politik des Rechts. (Beifall.)

**Abg. Hark Kahlert, Herzog zu Trautenberg (Rechts):** Die deutsche Diplomatie hätte sich sagen sollen, daß es leicht ist, mit einem Kriegsgeschehen in einen Hafen zu gehen, nicht aber, es mit Anstand zurückzuziehen. Besser wäre es jedenfalls gewesen, wenn die Verhandlungen nicht mit einem gar so dichten Geheimnistrauer versehen gewesen wären. Davon, daß Frankreich den Verhandlungen aufgegeben hätte, ist keine Rede: Frankreich braucht seine Gedanken im gegebenen Moment als Einigungspunkt für die verschiedenen Parteien. Wir sind eine Weltmacht geworden und lassen uns diese Stellung nicht nehmen; wir wollen keinen Konflikt provozieren; aber unser Pulver wollen wir trocken trocken halten. (Beifall rechts.)

**Abg. Vottmann (Rechts):** Das gab nichts seiner Partei eine Erklärung ab, in der es heißt: Wir können der Regierung den Vorwurf nicht erproben, daß sie es verümt hat, die öffentliche Meinung Englands nicht öffentlich zurückzugeben zu haben. Wir haben das Vertrauen zu unserm Volk, daß es sich mit einem starken Meer und einer schlagfertigen Flotte schützen wird gegen englische Überfälle.

**Abg. Dr. Behr, o. Hering (Rechts):** Die Energie, mit der die Beschließung den Verhandlungen mit Frankreich entgegengetreten ist, erkennen wir an, bebauern aber, daß sie nicht der Öffentlichkeit kundgegeben worden ist. Die Rede Sir Edward Grey ist für uns eine Enttäufung gewesen, (sehr richtig), sie hat Unklarheit gerade an dem Punkte gelassen, wo sie befinden hat. Auch wir wünschen ein friedliches Verhältnis zu England, aber nur mit dem Vorbehalt, daß unsere durchaus friedlichen, unserer Volkswirtschaft und Volkserziehung dienenden Expansion von England kein Hindernis in den Weg gelegt wird. Gehiligt auf sein gutes Recht und sein gutes Gewissen, wie die deutsche Volk der Zukunft ruhig entgegensteht. (Beifall bei dem Redner.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Der Antrag der Nationalliberalen wurde zurückgezogen und der Gesetzentwurf des Zentrum in zweiter und dritter Lesung gegen einige Stimmen der Konservativen angenommen. Damit war die Tagesordnung erledigt.

**Präsident Dr. Graf v. Schwerin-König:** Wir sind am Ende unserer Tagesordnung und wohl auch am Ende unserer Tagung und der ganzen Legislaturperiode. Auch ohne detaillierten Geschäftsbericht wissen Sie von der Weisung in wirtschaftlicher, politischer und namentlich sozialer Hinsicht alles hat. Ich möchte nur wünschen, daß diese ganze gesetzgeberische Arbeit trotz aller Mängel, die ihr als Menschenwerk anhaften, ein guter Fortschritt sein möge in unserer vaterländischen Entwicklung. (Beifall bei dem Redner.)

Nachdem Abg. Beckmann (Rechts) dem verehrten Präsidenten den Dank des Hauses für seine gerechte und wohlwollende Geschäftsführung ausgesprochen und der Präsident dankt hatte, verlas Reichsminister Graf v. Bethmann Hollweg die Allerhöchste Kabinettsorder, die die Schließung des Reichstags anordnet, und erklärte die Reichstag für geschlossen. (Die Mitglieder des Bundesrats und die Zeitungsleser haben sich von den Plätzen erhoben, die Sozialdemokraten verließen den Saal.)

**Präsident Graf von Schwerin-König:** Wir aber stimmen, wie immer, am Schluß unserer Tagung, ein in das Gedächtnis der Liebe, Treue und Verehrung für unseren Kaiser: Seine Majestät der Kaiser lebe hoch!

Schluß 4 Uhr 37 Minuten.

## Der italienisch-türkische Krieg.

Zu der Einnahme Angaras.

durch die Italiener, worüber wir bereits in Nr. 571 der Soll. Stg. kurz telegraphisch berichtet, meldet die römische „Agenzia Stefani“ unter dem 5. d. M. noch ausführlich aus Tripolis:

Gestern reisten die italienischen Truppen ihrem Sieg vom 26. November einen neuen Sieg an, indem sie Angara, den Mittelpunkt des Widerstandes der dort konzentrierten regulären türkischen Truppen, im Sturm einnahmen und acht Kanonen, Munition, Klebe, Vorräte, kurz alles erbeuteten, was die Türken und mit ihnen Araber und Beduinen auf ihrer überfluteten Flucht in das Innere des Landes zurückließen. Der gefeierte Tag war damit für Tripolitaniern entscheidend, denn er macht Tripolis und die Gegend frei, trennt die noch vorhandenen türkischen Truppen vom Meer und von ihrer Zufuhrstoffe und läßt eine Kriegsperiode ab, an deren Stelle nunmehr ein einfacher Guerillakrieg tritt. Der Kampf begann gestern früh um 6 Uhr mit einer Beschließung der Gasse östlich vom Markt und Fortschritt durch die italienische Flotte. Die Avantgarde bestand sich um 8 Uhr in Fügung mit dem Feinde, der sich hinter den Dünen vor seiner Hauptstellung verborgen hielt. Die italienische Kavallerie, die sich

nach rechts gebogen hatte, war unterdessen an die türkischen Schanzgräben herangekommen und gab so die Richtung für den Angriff der italienischen Hauptkolonne, bestehend aus der Division Receri. Gegen 9 Uhr war der italienische Vormarsch allgemein. Er wurde unterstützt durch die Gebirgsartillerie, welche die Angriffskolonnen begleitete, und durch die Batterien der sieben italienischen Stellungen. Nunmehr erfolgten von der Ost- und rechts von Gargareth her zwei Angriffsvorläufe auf den italienischen rechten und äußeren linken Flügel seitens arabischer Haufen. Die Türken fügten dies, um sich von ihrer ersten in eine zweite Verteidigungsstellung zurückzuziehen, aber nach zwei Stunden waren die Italiener schon über die früheren feindlichen Stellungen vorgezogen, und der ersten Staffel der Division Receri, die sich durch das nunmehr von regulären türkischen Truppen besetzte Gebiet marschierte, gelang es, die Feinde aus ihren Schützengräben zu werfen. Um 3 Uhr nachmittags nahmen die Italiener die letzten feindlichen Verteidigungswerte von Angara ein, und die Feinde flüchteten nunmehr in so starker Flucht nach Südoften davon, daß gegen 5 Uhr das letzte mit Verbundenen beladene Kamel den Rücken der Italiener entfiel. Die Division Receri und die Brigade Mainardi gingen in die verlassenen Lager ein und verbrachten dort die Nacht. Die italienischen Truppen bewiesen eine große Widerstandskraft; der Vormarsch begann unter ständigem Regen, der bis um 9 Uhr anbauerte, und außerdem vollzogen sich die Bewegungen auf einem Gefilde, das bereits durch die vorhergehenden Regengüsse schwer passierbar gemacht worden war. Die italienischen Verluste sind noch nicht genau festgestellt, aber sie betragen nicht mehr als etwa hundert Kampfunfähige. Die Verluste des Feindes belaufen sich nach einer Depesche des Generals Receri aus Angara auf mehrere hundert Tote und viele Verwundete.

### Bei Bengasi

wurde, so meldet weiter die „Agenzia Stefani“ aus Rom unter dem 5. Dezember, während der Nacht eines der kleinen italienischen Forts von einer feindlichen Abteilung angegriffen. Der Feind wurde jedoch mit erheblichen Verlusten zurückgewiesen, während auf italienischer Seite vier Mann getötet und vier verwundet wurden. Wie aus Tobruk gemeldet wird, ist dort der Torpedobootsgerät „Verlagieri“ mit zwei aufgeführten türkischen Seglern angekommen.

### Die Beschießung von Wofka und Schem Said.

Nach einer Mitteilung des türkischen Kriegsministeriums wurde bei der Beschießung von Wofka am 1. d. M. ein Mann getötet und ein Mann verwundet, bei der Beschießung von Schem Said wurden zwei Mann verwundet. Auch Ali Dab ist von den Italienern bombardiert worden. — Die „Agenzia Stefani“ meldet sodann aus Matara:

Der Kreuzer „Galabria“ ist von seiner Kreuzfahrt auf dem roten Meer hierher zurückgekehrt und berücktelte folgende Einzelheiten: Am 30. November erbeute der „Vultur“ zahlreiche Fahrzeuge im Hafen von Wofka; er zerstörte fünf davon durch Geschützfeuer und ließ die übrigen durch eine Landungsabteilung verbrennen. Die türkischen Truppen machten einen Angriff, wurden aber durch das italienische Geschützfeuer zurückgewiesen. Zehn Meilen nördlich davon zerstörte die „Vultur“ sieben arabische Schiffe und gab einige Schiffe auf feindliche Kavallerie ab. — Unterdessen erbeute die „Galabria“ bei Schem Said ein türkisches Lager und wurde von dort beschossen. Das Schiff brachte durch seine Artillerie das Feuer zum Schweigen und zerstörte das Lager. Die „Galabria“ fuhr dann an der Insel Berim vorbei und strich die Flotte zur Meeresküste der neutralen Gewässer. Raum war sie jedoch an der Spitze von Berim vorübergefahren, als das Fort das Feuer aus einigen Geschützen mittleren Kalibers eröffnete. Die „Galabria“ antwortete und zerstörte zwei Kanonen und einen Teil des Forts und des Lagers. — „Vultur“ kehrte am 1. Dezember nach Wofka zurück und zerstörte oder beschädigte dort fünfzehn weitere Schiffe. „Galabria“ und „Vultur“ untersuchten dann nochmals die ganze Küste, ohne auf Schiffe zu stoßen. Die italienische Flottenaktion macht jede weitere Bedrohung der gegenüber liegenden italienischen Kolonie unmöglich. Die italienischen Schiffe sind nicht beschädigt, die Mannschaften unverletzt.

### Rußland und die Dardanellen.

Der „Frankf. Stg.“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Rußland hat nunmehr zu dem schon einige Zeit erwarteten Schritte ausgehört und der Botschaft eine Note überreicht, in der es die Forderung auf freie Durchfahrt für die russische Schwarzmeerflotte durch die Meerengen des Bosphorus und der Dardanellen erhebt und verlangt, daß den Kriegsstoffen der anderen Mächte der Zugang zu den Meerengen auch weiterhin verwehrt werde.

Auch dem Wiener A. S. Tel.-Korr.-Bureau wird aus Konstantinopel gemeldet, daß verlaute, Rußland hat am 3. cr. der Botschaft eine Note bezüglich der Öffnung der Dardanellen und des Bosphorus überreicht. In den Kreisen der Botschaft wird hierüber durchaus stillschweigend beobachtet. Der türkische Ministerrat am 4. cr. soll sich vornehmlich mit der Frage beschäftigt haben, um sich über die Stellungnahme der Botschaft schlüssig zu werden. Das Ministerium des Äußeren hat dem Botschaften nach am gestrigen Dienstag die Antwort vorbereitet.

## Deutsches Reich.

Der Reichstag ist geschlossen. Der Reichstag wurde am gestrigen Dienstag durch eine allerhöchste Botchaft geschlossen. — Die Auflösung des Reichstages wird erst später durch Befehlsgabe im „Reichsanzeiger“ erfolgen.

von Sr. Maj. dem Kaiser. Am Dienstag nachmittags um 3 Uhr begab sich Seine Majestät der Kaiser nach herrlicher Verabreichung im Schloß zu Pleß in Begleitung des Fürsten im Automobil zum Bahnhof. Am Wege bildeten Vereine, Schulen und Körperschaften der Vergleiche Spalier. Um 3 Uhr 10 Min. fuhr der kaiserliche Sonderzug nach Breslau ab. Dort trat Seine Majestät kurz nach 7 Uhr ein und begab sich sofort nach Geologie im Automobil zum Offizierskasino des Leib-Rittmeister-Regiments Großer Kurfürst (Schleifers) Nr. 1 in Reibnitz, wo der Kaiser das Abendessen einnahm. Vom Kaiser-Wilhelm-Platz durch die Kaiserstrasse bis zur Kaiserstrasse bildete das Kaiser-

Regiment Spalier. Der Kaiser wurde auf dem ganzen Wege von einer großen Menschenmenge mit lebhaften Schreien begrüßt.

Neubestellung des Reichscolonialamts erst nach dem Wahlen? Der „Reichs Stg.“ wird aus Berlin telegraphiert, daß das Staatssekretariat des Reichscolonialamts vor den Wahlen nicht mehr besetzt werden würde.

Der Präsident der neuen Reichsverfassungsanstalt. Zum Präsidenten der neu zu bildenden Reichsverfassungsanstalt für Privatangelegenheiten ist der „Reichs Stg.“ zufolge Geheimrat De man n aus dem Reichsamt des Innern ernannt worden, zum Vorpräsidenten des Oberverwaltungsamts soll Geheimrat Koch aus dem Reichsamt des Innern ernannt werden.

Der deutsche Botschafter in Washington über deutsche Annunzialpolitik. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer des Reichstages sprach der Staatsminister Graf v. Bismarck über die deutsche Annunzialpolitik. Er sprach über die deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, auf einem Bankett des City-Klubs eine Rede über die Vertretung der Siedler in Deutschland.

Der königlich sächsische Staatsminister für Aussen- und Innensachen. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer des Reichstages sprach der Staatsminister Graf v. Bismarck über die deutsche Annunzialpolitik. Er sprach über die deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, auf einem Bankett des City-Klubs eine Rede über die Vertretung der Siedler in Deutschland. Er stellte fest, daß die Maßnahmen, die bisher zum Schutze gegen die Seuche ergreifen worden seien, sich während eines langen Zeitraumes als ausreichend bewährt hätten. Allerdings sei im Jahre 1911 die Anzahl der verurteilten Seuchen im Deutschen Reich auf 50 000, in Sachsen auf 1600 gestiegen. Doch sei es jetzt gelungen, die Weiterverbreitung zum Stillstand zu bringen. Eine Einschleppung der Seuche über die bismarckische Grenze sei nicht nachgewiesen. Was die Gefahr einer Einschleppung über die russische Grenze betreffe, so habe die preussische Regierung bereits alle erforderlichen Maßnahmen, insbesondere auch gegen den Viehhandel, getroffen, so daß sich alle weiteren Schritte im Bundesrat in dieser Frage erübrigten. Der Minister betonte schließlich, daß der polizeiliche Schutz nicht das alleinige Mittel zur Bekämpfung der Seuche bilden könne, sondern daß die Selbsthilfe der Anwohner unbedingt hinzutreten müsse.

Der Reichstag über den Verdacht der Spionage verhaftete Deutsche, deren Namen auf der Anklageschrift als Große angegeben ist, wurde gestern im Reichstag vorgeführt. Der Staatsanwalt sagte, das Verfahren sei auf Grund des Gesetzes über den Verrat von Geheimnissen vom Jahre 1911 eingeleitet worden. Der Angeklagte sei ein im Dienst befindlicher oder pensionierter Kapitän der deutschen Handelsmarine und habe sich in Portsmouth mehrere Wochen aufgehalten. Die Angelegenheit sei in folgender Weise zur Kenntnis gekommen: Ein Telephonist an Bord des im Hafen von Portsmouth liegenden Kriegsschiffes „Barnon“ namens Kater, habe in der in Portsmouth erscheinenden „Evening News“ anmerkt, daß er gern private Nachrichten für jeden, der es wünschen sollte, beschaffe. Darauf habe Salter eine Postkarte erhalten, die offenbar von dem Angeklagten geschrieben und auf dem der Name des Hauses verzeichnet gewesen sei, in dem der Angeklagte gewohnt habe. Salter habe sich am 15. November zu dem Angeklagten begeben, und dieser habe mit ihm über die Einschleppung von Erfindungen gesprochen. Salter habe erwidert, er würde das gern für ihn übernehmen. Darauf habe der Angeklagte ihn erwidert, seine Sachen für ihn herauszufinden, die nach seiner, des Staatsanwalts, Ansicht, offenbar Staatsgeheimnisse seien, welche einer fremden Macht nicht bekannt gegeben werden dürften. Der Angeklagte habe Salter nämlich aufgefordert, herauszufinden, wieviel Kohlen in dem Warendepot von Portsmouth lagerten und auf wieviel Tonne Kohlen sich die gesamten Kohlenvorräte im Hafen beläufen, ebenso wieviel Tonne Kohlen sich in den verschiedenen Häfen im Besitz von Kaufleuten befänden. Weiter führte der Staatsanwalt aus: Der Angeklagte suchte auch zu erfahren, wie stark die Kohlen besetzt seien. Der Telephonist Salter erstattete Anzeige und wurde beauftragt, dem Angeklagten das Material zu beschaffen. Der Angeklagte wurde polizeilich beobachtet und am Abend vor seiner geplanten Abreise verhaftet. Das in seiner Wohnung beschlagnahmte Material ist noch nicht völlig geprüft worden. Darauf wurde die Verhandlung auf eine Woche vertagt und der Angeklagte in die Untersuchungshaft zurückgeführt. Das Verdict lehnte einen Antrag auf Haftentlassung gegen Bürgschaft ab.

## Ausland.

### Die deutsch-französischen Abmachungen und die Kammer in Frankreich.

Wie in Pariser parlamentarischen Kreisen verlautet, wollen mehrere radikale Deputierte, darunter der frühere Minister Pelléan, dagegen Einspruch erheben, daß die Kammer nur das Stimmverhältnis genehmigen soll. Pelléan beschließt, darauf hinzuweisen, daß dem Parlament im Jahre 1881 der Vertrag von Warbo über das tunisische Protektorat zur Ratifizierung vorgelegt worden sei. Eine hinter aus Paris einlaufende Meldung besagt: Die Kommission der Deputiertenkammer für auswärtige Angelegenheiten hat mit 11 gegen 7 Stimmen beschlossen, den Antrag des Deputierten de Mun auf Vertagung der Verhandlungen über das deutsch-französische Abkommen zu de la m p e n. Die Kommission hat sich weiter dafür ausgesprochen, daß sie über den Antrag Subert kein Urteil abzugeben habe.

### Spanien-Marokko-Frankeich.

Der Botschafter Geoffray ist am Dienstag abend von Paris nach Madrid abgereist, und die Marokko-Verhandlungen mit der spanischen Regierung werden sofort nach seiner Ankunft beginnen. Die Kaiserin „Liberte“ greift den französischen Vizepräsidenten Gailleur festig an, weil er für die Verhandlung mit Spanien eine neue Erklärung verlangt und durch die übertriebene Entsendung Geoffrays nach Madrid die öffentliche Meinung und das Parlament vor eine vollendete Tatsache stellen wollte. Auch das „Journal des Debats“ kritisiert in überaus scharfer Weise die äußere Politik Gailleurs, die den Gegnern der Entsendung die Schuld in die Schuhe zu schieben, die Spanien bei den Verhandlungen mit Frankreich zu geben und dadurch deren Mißtrauen aufzuregen habe, was sich bei den bevorstehenden Verhandlungen schwer rächen werde. Die Kammer möge das Ministerium darüber zur Rechenschaft ziehen, allerdings erst nach der Abstimmung über das deutsch-französische Abkommen, das leider nicht mehr verbessert werden könne.

## Besien.

Im englischen Unterhaus erklärte in Erwiderung auf eine Anfrage der Parlaments-Unterschieds-Kommission die britische Regierung hält an der Erklärung fest, welche durch die Vertreter Großbritanniens und Russlands im September 1907 in Teheran abgegeben worden ist, und wir haben niemals etwas getan, noch werden wir je etwas tun, was ihr ab-



Die Kurse in der Berliner Börse sind am 5. Dez. 1911...

Berliner Börse 5. Dez. 1911

Veränderung: 1 Fr. 100. Mark: 80 Pf. — Post f. d. Gold: 2 W. Mark: 70 Pf. 100...

Main table containing stock market data with columns for company names, share counts, and prices. Includes sections for 'Eisenbahn', 'Industrie', and 'Banken'.

Beilagen zum Kursblatt: Von den Obligationen der Industriellen, Gas- und Elektrizitätsgesellschaften...

Beilagen zum Kursblatt: Von den Obligationen der Eisenbahnen, Bergbau- und Hüttenwerke...